



## Ölboom in Ghana

Dem »Ressourcenfluch« ein Schnippchen schlagen?

**DANIELA KUZU UND THOMAS KASTNING**

November 2010

- In Afrikas Musterland Ghana ist die Furcht groß vor möglichen negativen Folgen der beginnenden Ölförderung auf Politik und Wirtschaft. Andere Länder in der Region wie beispielsweise Nigeria zeigen, dass damit häufig Deindustrialisierung, zunehmende Korruption und eine Schwächung der Demokratie verbunden sind.
- Trotz vieler Diskussionen im Land über die Verwaltung und Verwendung der Öleinnahmen sind bislang noch keine Entscheidungen getroffen worden. Die Gesetzesinitiativen laufen noch, doch die Regierung steht unter starkem zeitlichen Druck: der Beginn der Ölförderung ist für Ende 2010 geplant.

Im März 2007 feierte Ghana mit einem großen Fest und Feuerwerk 50 Jahre Unabhängigkeit. Als erstem Staat Subsahara-Afrikas war ihm 1957 die Loslösung von der britischen Kolonialmacht gelungen. Es folgten 35 Jahre wechselnder politischer Regime – von sozialistischer Demokratie bis zur Militärdiktatur. Seitdem jedoch Jerry Rawlings nach zwölf Jahren Diktatur 1993 die ersten freien Wahlen zuließ, entwickelte sich Ghana nach dem Geschmack der internationalen Staatengemeinschaft. Die Macht wechselte zwei Mal fair und friedlich zwischen den beiden großen konkurrierenden Parteien *National Democratic Congress* (NDC) und *New Patriotic Party* (NPP), die Medien sind weitestgehend frei, und selbst beim Korruptionsindex schneidet Ghana besser ab als beispielsweise die EU-Staaten Rumänien und Bulgarien.

Die Feierlichkeiten sollten 2007 nicht der einzige Anlass zum Jubeln bleiben: Im Juli wurde der Fund großer Ölreserven 60 km vor der Küste vermeldet. Ölförderung findet in ghanaischen Gewässern bereits seit den frühen 1980er-Jahren statt, jedoch in kommerziell kaum interessanten Mengen. Da seit 100 Jahren immer wieder vor der Küste nach Öl gesucht wurde, waren die Hoffnungen nicht allzu groß, als der Staat 2004 begann, Such- und Förderrechte an Ölfirmen zu verkaufen. Die multinationalen Ölgiganten zeigten kaum Interesse, stattdessen kauften sich verschiedene kleinere Firmen für wenig Geld ein. Sie alle hofften, mit ein wenig Glück den Jackpot zu treffen. Zunächst stellten sich mehrere Bohrungen als Fehlschläge heraus, bis im Juli 2007 die irische Firma *Tullow Oil* die erste erfolgreiche Bohrung bekannt gab. Kurze Zeit später konnte das amerikanische Unternehmen *Kosmos Energy* den gleichen Erfolg verkünden. Das entdeckte Feld wurde in Anlehnung an das Unabhängigkeitsjubiläum „Jubilee Field“ getauft.

Vor der Küste Ghanas herrschen nicht die einfachsten Förderbedingungen: 1 200 Meter Wasser und 2 800 Meter Sand und Gestein ergeben eine Gesamttiefe von circa 4 000 Metern unter null – eine kostenaufwendige und riskante Tiefseeförderung. Für die heutige Ölindustrie ist dies jedoch nichts Besonderes mehr. Die tiefsten Bohrungen reichen inzwischen bis weit über 2 000 Meter Wasser zu einer Gesamttiefe von 10 000 Metern unter null, doch mit jedem Meter Tiefe steigen die Kosten und Risiken exponentiell. Die weltweit steigende Nachfrage erfordert ständig neue Erschließungen, somit werden auch immer schwierigere Bedingungen und höhere Kosten akzeptiert. Im Fall

Ghana scheinen sich die Investitionen zu lohnen, da förderbare Reserven hochqualitativen Leichtöls von einer Milliarde Barrel aufwärts locken.

Das Konsortium von *Tullow Oil*, *Kosmos Energy*, *Anadarko Petroleum* (USA), *Ghana National Petroleum Corporation* (Ghana), *EO Group* (Ghana) und *Sabre Oil* (USA) hat innerhalb der Rekordzeit von dreieinhalb Jahren die Feldentwicklung vorangetrieben. Von Beginn an wurde angekündigt, im letzten Quartal 2010 das erste Öl zu fördern. Tatsächlich stehen die Chancen gut, im Dezember die ersten Barrels zu verkaufen. Sobald die Anfangswochen überstanden sind, können die momentan installierten Gerätschaften 120 000 Barrels pro Tag fördern und verarbeiten.

Verglichen mit den Ölgiganten Nigeria und Angola sind die Ölvorräte Ghanas gering. Das meiste Rohöl erreicht erst gar nicht ghanaischen Boden, sondern wird gleich nach dem Verladen auf Schiffen in andere Länder gebracht. Welche Länder dieses Öl letztlich kaufen, ist in der Öffentlichkeit noch nicht bekannt. Allerdings ist gewiss, dass europäische Staaten keine Abnehmer sein werden, sondern das Öl in (West-)Afrika verbleiben wird.

## Wo Öl fließt, verdient auch der Staat

Ghanas Präsident Kufuor jubelte nach den Funden 2007: „With oil as a shot in the arm, we’re going to fly.“ Tatsächlich sind vorhergesagte jährliche Staatseinnahmen aus dem Jubilee Field durch Steuern und Gewinnbeteiligung von 1 bis 1,5 Mrd. US-Dollar eine stattliche Summe für Ghana. 2009 betragen die gesamten Staatseinnahmen knapp 5 Mrd. US-Dollar, das Bruttoinlandsprodukt lag bei etwa 14 Mrd. US-Dollar. Statt aus dem Gold- oder Kakaoexport werden in Zukunft die größten Gewinne aus der Ölförderung stammen. Hinzu kommt, dass das Jubilee Field nicht die einzigen Reserven birgt: Das vor Kurzem entdeckte „Tweneboa Field“ wird auf eine ähnliche Größe geschätzt. Zudem stehen weite Teile des ghanaischen Meeresgebietes noch zur Erkundung aus.

Außerdem ist es nicht nur das Öl, das gefördert wird, sondern auch das häufig vernachlässigte Beiprodukt Gas. Während in Nigeria Gas zu großen Teilen noch immer abgebrannt wird, ist dieses sogenannte *flaring* in Ghana gesetzlich verboten. Doch wird in den ersten Jahren der Förderung das meiste Gas zum Druckausgleich wieder in das Feld gepumpt werden. Der

dringend benötigte Bau einer Gaspipeline zwischen den Ölfeldern und der Küste ist in Planung, scheitert jedoch momentan noch an der Finanzierung. Günstiges, im eigenen Land produziertes Gas wäre für eine Bevölkerung, die zu weiten Teilen mit Holz und Kohle kocht, von enormer Bedeutung.

Momentan besitzt Ghana eine staatseigene Raffinerie in der Nähe von Accra, die ein Maximum von 45 000 Barrels pro Tag verarbeiten kann, jedoch auf 100 000 Barrels pro Tag erweitert werden soll. Um den gesamten ghanaischen Verbrauch abzudecken und eventuell auch exportieren zu können, müssten dennoch weitere Raffinerien gebaut werden. 2011 war der Baubeginn einer neuen Raffinerie durch die *Barclays Gedi Group* geplant, doch aufgrund von Uneinigheiten mit der Regierung liegt die Planung zurzeit auf Eis. In den nächsten Jahren wird voraussichtlich der Großteil des geförderten Rohöls erst einmal an ausländische Raffinerien verkauft werden.

## Reaktionen auf den Ölfund und staatliche Gesetzesinitiativen

Wie zu erwarten war die Freude in Ghana groß, als die Ölfirmen ihren Fund bekannt gaben. Doch diese Freude wich schnell vielen mahnenden Stimmen im Land, die zu Recht auf die Erfahrungen der Nachbarn in der westafrikanischen Region verwiesen. Zum einen war diese Besorgnis begründet durch die Angst vor politischer Instabilität im Land. Denn Ghanas Demokratie – wenn auch als Erfolgsbeispiel immer wieder gern vorgezeigt – ist jung und konsolidierungsbedürftig. Zum anderen zeigen Erfahrungen im Minensektor (Gold und andere Mineralien) des Landes, dass in 100 Jahren Förderzeitraum die vielversprechenden Fördermengen und Umsätze der Branche die Transformation und das Wachstum der ghanaischen Wirtschaft nicht signifikant vorangebracht haben.

Es ist sehr positiv zu bewerten, dass die Regierung die Ängste und Kritiken der Bürgerinnen und Bürger aufgegriffen hat. 2008 wurde ihnen versichert, dass die Ölvorkommen und die daraus resultierenden Einnahmen transparent und effizient verwaltet und verwendet werden sollen.

In den darauffolgenden Jahren wurden zwei wichtige Gesetzesentwürfe von der Regierung vorgelegt: die Rahmengesetzgebung *Local Content and Local Participation in Petroleum Activities* und das *Ghana*

*Petroleum Revenue Management Proposal*. Beide Papiere liegen momentan noch dem Parlament zur Diskussion vor und sollen voraussichtlich Ende 2010 verabschiedet werden.

Der zukünftige *Ghana Petroleum Revenue Management Act* schafft einen Rahmen, wie die zukünftigen Einnahmen aus der Ölwirtschaft eingezogen, verwaltet und zugeteilt werden sollen, sodass sie möglichst vielen Bürgerinnen und Bürgern Nutzen bringen. Das Gesetz beinhaltet zudem drei Ziele: makroökonomische Stabilität und Wachstum, Definition einer Finanzordnung sowie Transparenz und Rechenschaftspflicht.

Diese Zielsetzungen entsprechen den internationalen *best practices*. Allerdings verleiht das zukünftige Gesetz dem ghanaischen Finanzministerium auch weitreichende Kontrolle und Macht über die Verwaltung der neu eingerichteten Staatsfonds für die Stabilisierung der Wirtschaft und der Währung, in die 25 Prozent der Öleinnahmen fließen sollen. So hat das Beispiel des *Ghana Education Trust Fund* in der Vergangenheit gezeigt, dass die seit dem Jahr 2000 angelegten Gelder für die Verbesserung des Schulsystems immer wieder für andere Ressorts verwendet wurden.

Des Weiteren gibt das Gesetz vor, dass 75 Prozent der Öleinnahmen in den Staatshaushalt fließen sollen. Problematisch ist hierbei die bislang fehlende Aufschlüsselung, welche Mittel welchen Ressorts zugute kommen sollen. Die Regierung zeigt bislang keinerlei Reaktionen auf Forderungen, einen entsprechenden Verteilungsschlüssel zu entwickeln. In der Öffentlichkeit wurde bisher immer nur von Regierungsseite verkündet, dass die 75 Prozent der Entwicklung des Landes zugutekommen. Kritische Stimmen aus der Zivilgesellschaft reagieren auf diese Auskunft mit Kritik und befürchten, dass unter diesen undefinierten Entwicklungsbegriff wohl auch das Militär und die Gehälter für den öffentlichen Dienst fallen könnten.

Neben dem nicht existierenden Verteilungsschlüssel für die Öleinnahmen im Staatshaushalt besteht mit der Gründung des *Investment Management Committee* zukünftig auch ein institutionelles Problem. Dieses Komitee hat die Aufgabe, die Verwaltung der eingerichteten Fonds (*Ghana Stabilization Fund* und *Ghana Heritage Fund*) zu übernehmen. Die Mitglieder des Komitees werden vom Finanzministerium vorgeschlagen und vom Präsidenten ernannt. Des Weiteren

kann das Finanzministerium gemäß dem *Petroleum Revenue Management Act* weitreichende Entscheidungen treffen, wie das Geld aus den Fonds genutzt wird. Somit ist Einfluss auf die Verwaltung der Staatseinnahmen ausschließlich auf höchster Entscheidungsebene möglich. Es ist zu hoffen, dass zumindest das Parlament als „Stimme des Volkes“ diesen Punkt im Gesetzesentwurf nicht anerkennt. Sollte es doch zur Verabschiedung des Gesetzes kommen, so muss die starke Zivilgesellschaft in Ghana nach Inkrafttreten des Gesetzes als kritischer und mahnender Beobachter einspringen. Dies setzt voraus, dass der Verwaltungsprozess hinsichtlich der Öleinnahmen absolute Transparenz garantiert. Momentan ist allerdings noch unklar, wie sich die Regierung und das Investitionsmanagement-Komitee verhalten werden, wenn Öl und Geld erst einmal zu fließen beginnen. In der *Petroleum Revenue Management Bill* ist vorgesehen, dass sich zwei Parlamentsausschüsse mit überwachender und beratender Funktion hinsichtlich der Verwaltung der Öleinnahmen in den Prozess einbringen. In der Tat ist es etwas ungewöhnlich, dass die Ausschüsse explizit durch ein Gesetz diese Überwachungsfunktion erhalten. Allerdings üben Parlamentsausschüsse in Ghana diese Aufgabe generell nicht in vollem Umfang aus, wie es in einem demokratischen System zu erwarten wäre.

Die Rahmengesetzgebung *Local Content and Local Participation in Petroleum Activities* sieht vor, dass die Einkünfte allen Ghanaern zugutekommen und folgendes Ziel erreicht werden soll: „full participation in all aspects of the oil and gas value chain of at least 90 percent by 2020.“ Diese Richtlinie zielt darauf ab, die Kapazitäten und die internationale Wettbewerbsfähigkeit der lokalen Wirtschaftssektoren zu erhöhen. Eine Erwartung, die daraus resultiert, ist ein rapides Wirtschaftswachstum durch Industrialisierung und wirtschaftliche Transformation mit dem Ausbau und Fokus auf die verarbeitende Industrie. Konkrete Ideen zur Umsetzung dieser Richtlinie sind noch nicht veröffentlicht worden.

## Große Staatsgewinne locken – wo ist das Problem?

Seit 25 Jahren beschäftigt die Politikwissenschaft die Tatsache, dass Länder mit großem Ressourcenreichtum sich überdurchschnittlich häufig negativ entwickeln. Nicht nur, dass sie mit steigender Korruption, instabilen oder autoritären politischen Systemen und gewaltsamen Konflikten zu kämpfen haben, sie schneiden

auch wirtschaftlich schlecht ab. Es scheint paradox: Trotz enormer zusätzlicher Einnahmen aufgrund von Ressourcenförderung sind einige dieser eigentlich „gesegneten“ Länder tatsächlich ärmer anstatt reicher geworden.

## Mehr Einnahmen – weniger Industrie und Arbeitsplätze?

Je größer der Anteil, den der Ressourcenexport am Staatshaushalt hat, umso abhängiger wird ein Staat von den internationalen Ressourcenpreisen. Insbesondere der Ölpreis unterliegt starken Schwankungen. Geht die jährliche Budgetplanung von einem Durchschnittspreis von beispielsweise 70 US-Dollar pro Barrel aus und fällt dann der Preis, wie 2009, auf ein Rekordtief von 30 US-Dollar, müssen die für diesen Fall zu bildenden Rücklagen aufgezehrt werden, um einen drohenden Bankrott zu verhindern. Dafür können kurzfristig enorme Mittel vonnöten sein, was ein Land wie Ghana mittelfristig in große Schwierigkeiten bringen kann.

Umgekehrt bedeutet ein phasenweise starker Ölpreis eine Aufwertung der eigenen Währung. Dadurch wird der Export von anderen Produkten unrentabel, Importe werden vergleichsweise günstig und Wertanlagen im eigenen Land, wie beispielsweise Immobilien, erfahren starke Preissteigerungen. Als Folge wird Kapital aus den stagnierenden Wirtschaftszweigen abgezogen – die Abhängigkeit vom Öl verstärkt sich noch weiter. Da die Ölwirtschaft nur wenige Jobs bietet und andere Staaten sich in der Vergangenheit nach einem Ölfund auf diesen Wirtschaftsbereich zulasten anderer Sektoren fokussierten, kann es zu einem Anstieg von Arbeitslosigkeit und Armut für den Großteil der Bevölkerung kommen. Die soziale Schere wird somit immer größer.

Diese als *Dutch Disease* oder „Holländische Krankheit“ bekannte Phänomen ist schon jetzt ein Problem Ghanas. Nicht die Abhängigkeit von Öl-, sondern die von Gold- und Kakaoexporten führten bisher zu makroökonomischen Problemen. Die Inflationsrate ist hoch (2009 fast 20 Prozent), seit 2005 nimmt der Anteil der herstellenden Industrie am Bruttoinlandsprodukt stetig ab, Immobilien sind in manchen Bereichen des Landes überbeuert, und die Wohlstandsunterschiede zwischen Schichten und Regionen sind dramatisch.

Ghana hat es in der Vergangenheit bereits verpasst, Wirtschaftsbereiche wie die verarbeitende Industrie auf- bzw. auszubauen oder den Agrarsektor zu reformieren

und zu unterstützen. Mit der neu entstehenden, lukrativen Ölwirtschaft ist die Gefahr umso größer, dass die anderen Wirtschaftszweige vernachlässigt werden und bei einem Rückgang der Öleinnahmen die finanziellen Einbußen über einen längeren Zeitraum nicht ausgeglichen werden können.

Sollte das geförderte Rohöl ab 2011 zur Weiterverarbeitung nicht im Land bleiben, sondern exportiert werden, ist eine weitere Verstärkung dieser Probleme zu befürchten. Wenn das ghanaische Finanz- und Wirtschaftsministerium geschickt gegensteuert und andere Industriezweige ausgleichend unterstützt, könnten sich allerdings strukturelle Schäden für die Wirtschaft verhindern lassen. Der im Vergleich zum relativ stabilen Goldpreis zu eher starken Schwankungen neigende Ölpreis stellt die wirtschaftspolitischen Fähigkeiten vor besondere Herausforderungen. Die beste Vorsorge wäre, ähnlich wie in Norwegen, den Rohölexport über einen langen Zeitraum zu strecken und pro Jahr nur begrenzte Mengen zu exportieren sowie das Produkt im eigenen Land weiterzuverarbeiten.

### Geld in falschen Kanälen

Korruption und Veruntreuung von Staatsgeldern ist eines der Kernprobleme der Länder Subsahara-Afrikas. Auf den Korruptionsindizes tauchen fast alle Nachbarn Ghanas unter den 50 korruptesten Ländern der Welt auf. Ghana selbst schneidet besser ab, ist aber weit davon entfernt, als korruptionsfrei eingestuft zu werden. Untersuchungen legen nahe, dass Ressourcenreichtum dieses Problem erheblich verstärken kann. Insbesondere wenn durch die staatlichen Institutionen wenig Transparenz geschaffen wird und Verträge, Produktionsmengen sowie Gewinne der Öffentlichkeit nicht bekannt gemacht werden, ist es für die Regierenden leicht, einen Teil der Summen in die eigene Tasche zu wirtschaften. In Angola sind so zwischen 1997 und 2001 jährlich geschätzte 1,7 Mrd. US-Dollar verschwunden.

Trotz gegenteiliger Versprechen sind auch in Ghana die Verträge zwischen Ölfirmen und Staat noch immer nicht veröffentlicht worden. Gegen zwei der beteiligten Firmen, die amerikanische *Kosmos Oil* und die ghanaische *EO Group*, wurden bereits heftige Korruptionsvorwürfe erhoben, jedoch haben polizeiliche Untersuchungen zu keinem Ergebnis geführt. Dennoch liegt das Thema bereits drohend in der Luft,

bevor überhaupt mit der Förderung begonnen worden ist.

Um Korruptionsvorfälle aufdecken zu können, ist eine kritische Zivilgesellschaft vonnöten. Diese Rolle könnte die ghanaische Zivilgesellschaft, die im Allgemeinen sehr kritisch ist und meist auch sehr kritisch sein darf, erfüllen. Die Pressefreiheit ist größtenteils gegeben (Platz 27 von 178 Ländern weltweit, Reporter ohne Grenzen 2010). Darüber hinaus bedarf es einer strafrechtlichen Verfolgung bei Korruptionsfällen, die im Land jedoch bislang nicht konsequent durchgeführt wird. Bei der gerade beginnenden Ölförderung muss es von Anfang an funktionierende Verfahren und Institutionen geben, die zeitnah und vor allem unabhängig Vorfälle aufklären können. Sollte dies nicht umgesetzt werden, so können sich Beispiele wie in Nigeria oder Angola schnell auch in Ghana wiederholen.

### Blutiges Öl

Ähnlich wie bei der Korruption legen Untersuchungen einen Zusammenhang zwischen Ölreichtum und Kriminalitäts- bzw. Gewaltproblemen nahe. Insbesondere in Nigeria wird seit Jahren eine bewaffnete Auseinandersetzung zwischen Rebellengruppen und Militär um die Ölvorkommen im Niger-Delta geführt. Diese Gefahr scheint für Ghana aufgrund seiner relativ friedlichen Geschichte eher gering zu sein. Dennoch sollte sie nicht unterschätzt werden. Immerhin zirkulieren geschätzte 125 000 unregistrierte Feuerwaffen im Land, bewaffnete Raubüberfälle nehmen seit einigen Jahren zu, und Ghana ist umgeben von weitaus instabileren Staaten. Die meisten Länder Westafrikas haben massive Probleme im Bereich des unkontrollierten Waffenhandels.

Insbesondere die Länder der Region, in denen natürliche Ressourcen gefördert werden, werden als potenzielle Unruheherde angesehen. Umweltschäden der Ölförderung wirken sich hier direkt aus, außerdem ist der soziale Unterschied zwischen Profiteuren der Ölindustrie und dem Rest der Bevölkerung deutlicher sichtbar. In Ghana liegen die Felder im Meer vor der Küste (*offshore*), dennoch sollte die Küstenregion um die Stadt Takoradi sicherheitspolitisch besonders beachtet werden. Laut der *Ghana National Commission on Small Arms* wurde bereits im Küstengebiet der westlichen Regionen ein zunehmender Kauf und Gebrauch von Handfeuerwaffen gemeldet.

Potenzial für Unruhen wäre also vorhanden. Vorbeugend sollten vor allem Erwartungen der Bevölkerung realistisch gehalten werden, denn Enttäuschung kann ein gefährlicher Auslöser für Proteste sein. Erwartungsmanagement ist gelegentlich in öffentlichen Diskussionen aufgetaucht, doch auch hier tut sich die Regierung schwer. Von Anfang an wurde Öl als der neue wirtschaftliche Heilsbringer verkündet. Sollte die Regierung in den nächsten Monaten und Jahren die Bevölkerung nicht darauf vorbereiten, dass Ghana kein reiches Land wird und auch die Bevölkerung nicht im Wohlstand schwelgen wird, könnten aufgrund enttäuschter Erwartungen innerstaatliche Konflikte – nicht zuletzt auch aufgrund der Nord-Süd-Disparitäten – ausbrechen.

Neben innerstaatlichen Konflikten gilt es auch, interstaatliche Konflikte zu vermeiden. Als im Februar 2010 die bürgerkriegsgeschüttelte Elfenbeinküste kundtat, dass dringend die Meeresgrenze zu Ghana verhandelt werden müsse, wurde das schnell als ein Griff nach Ghanas Öl interpretiert. Bereits 2009 fanden Verhandlungen über die nicht eindeutig definierte maritime Grenze zwischen den beiden Staaten statt, jedoch konnten nicht alle Details abschließend geklärt werden. Der Blick auf die Karte zeigt, dass sich das *Jubilee Field* auf ghanaischer Seite befindet, das vor Kurzem entdeckte ähnlich große *Tweneboa Field* jedoch bereits dicht an der Grenze zur Elfenbeinküste liegt. Die eilig ins Leben gerufene *Ghana Boundary Commission* hat im April 2010 ihre Arbeit aufgenommen, Ergebnisse sind jedoch noch nicht bekannt. Von offizieller Seite der Elfenbeinküste wurde klar geäußert, es gehe nicht um Ölfelder.

## Schlussfolgerungen

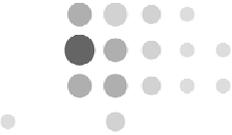
Im schlimmsten Falle könnten dem Musterland des Kontinents der Absturz in die makroökonomische Instabilität, Korruption, private Aneignung der Öleinnahmen und Gewalt drohen. Für alle vier Phänomene gibt es auf dem Kontinent und weltweit unrühmliche Beispiele, die zeigen, wie Ölförderung zu einer Verschlechterung der politischen und wirtschaftlichen Lage führen kann. Dieses Phänomen wird oft als „Ressourcenfluch“ bezeichnet. Auf der anderen Seite startet Ghana allerdings auch mit besseren Grundvoraussetzungen und Institutionen in die Rohstoffförderung, als es in Angola, Tschad oder auch Nigeria zu Beginn der Förderung der Fall war. Vor allem eine starke und kritische Zivilgesellschaft muss

Möglichkeiten finden, um die Regierung an ihre Rechenschaftspflicht zu erinnern. Darüber hinaus sind die erwarteten Fördermengen geringer als in diesen Ländern. Allerdings sind wirtschaftliche Schwäche, Korruption, Entwendung von Staatsgeldern oder Gewalt in Ghanas Geschichte nicht unbekannt.

Ressourcenreichtum ist jedoch nicht per se ein Fluch. Die negativen Effekte entstehen durch das falsche Management der Ressourcen. Immer wieder wird auf Länder wie Norwegen, die USA (vor allem den Bundesstaat Alaska), Botswana oder Chile verwiesen, die trotz oder gerade wegen enormer Einnahmen aus der Förderung natürlicher Ressourcen reiche, stabile, freie und demokratische Staaten sind. Seit 2007 hat eine große Zahl nationaler und internationaler Experten die Bevölkerung und Regierung Ghanas auf Gefahren der Ölwirtschaft hingewiesen und Empfehlungen abgegeben. Die entsprechenden rechtskräftigen Beschlüsse sind jedoch bisher noch nicht verabschiedet worden. Kurz vor Beginn der Ölförderung ist es dafür mittlerweile spät geworden, es ist aber noch nicht zu spät.

Die *Petroleum Revenue Management Bill* verfolgt einen Mittelweg zwischen zwei Positionen: auf der einen Seite die Wirtschaft kurzfristig ankurbeln, auf der anderen Seite das Geld langfristig anlegen. Genauere Informationen zu dieser Investitionsstrategie fehlen jedoch noch. Was passiert mit den Gewinnen aus den Fonds? Welche Programme oder Ministerien sollen mit den zusätzlichen Geldern im Haushalt unterstützt werden? Es ist wahrscheinlich, dass konkrete Investitionsstrategien nicht mehr den Weg in die *Petroleum Revenue Management Bill* finden. Stattdessen sollte ein wegweisender Wirtschaftsentwicklungsplan erstellt werden. Um die makroökonomische Stabilität zu gewährleisten, sollten dringend Schritte eingeleitet werden, die den Entwurf der *Petroleum Revenue Management Bill* präzisieren und erweitern. Andere Initiativen der Regierung, wie die Einbindung der lokalen Bevölkerung hinsichtlich der Verwendung der Öleinnahmen oder aber auch das Erwartungsmanagement sind öffentlich nicht detailliert diskutiert worden. Es ist dringend notwendig, diese Prozesse schnell einzuleiten.

Die eigene verarbeitende Industrie sollte gezielt ausgleichend gefördert werden und das Rohöl möglichst im eigenen Land weiter verarbeitet werden. Aber die Geschichte hat gezeigt, dass der Gewinn aus Rohstoffexporten nicht einfach zu managen ist. Die



kommende Ölförderung wird sicherlich zu einer schwierigen Probe für Ghana und seine Regierung werden. Spätestens nachdem 2014/2015 die Entwicklungskosten für die Feldentwicklung zurückgezahlt sind und Ghana somit sein Maximum an Einnahmen erhält, wird man sehen, ob das „schwarze Gold“ für Ghana ein „Fluch“ oder ein „Segen“ ist. Erst dann wird man beurteilen können, ob in der Vergangenheit die richtigen Weichen gestellt worden sind.

Betrachtet man die bisherigen Entwicklungen, Initiativen und Beschlüsse, so ist zusammenfassend nichts wirklich ausdiskutiert und umfassend erörtert worden. Die Gesetzesentwürfe für die kommende Ölförderung und die Verwendung der Öleinnahmen liegen noch immer dem Parlament zur Diskussion vor und sollen voraussichtlich bis Ende des Jahres 2010 verabschiedet werden. Die gesetzlichen Vorgaben würden demnach noch rechtzeitig vor Beginn der Ölförderung vorliegen. Zivilgesellschaftliche Organisationen und hochrangige Wissenschaftler im Land ermahnen Regierung und Parlament, diesen Zeitplan unbedingt einzuhalten, um zu gewährleisten, dass die gesetzlichen Regelungen vor Förderbeginn in Kraft treten. Hinter diesem Drängen steht die Befürchtung, Ghana könnte ein zweites Nigeria oder Angola werden, wenn die entsprechenden Rahmenbedingungen für Transparenz und die Entscheidung über die Verwendung der Öleinnahmen nicht bald vorgestellt werden. Ghana muss also noch die finalen gesetzlichen und administrativen Schritte bewerkstelligen, um die Weichen für eine nachhaltige und gerechte Entwicklung des Landes trotz der Ölförderung zu stellen. Der Präsident Ghanas, John Evans Atta Mills, verkündete im November auf einer Konferenz: „(...) a conscious effort should be made in Ghana to integrate [the] oil and gas sector into the broad national development programme. Accordingly, the revenue from Ghana's oil find should be best deployed to support the traditional sectors of the economy, including agriculture, health, education, infrastructure and rural development where the real beneficiaries would be the people of Ghana.“ Sofern diese Aussage ernst gemeint ist, besteht die Hoffnung, dass Ghana dem Ressourcenfluch ein „Schnippchen schlagen“ kann.



### Über die Autoren

**Daniela Kuzu** leitet das Landesbüro der Friedrich-Ebert-Stiftung in Ghana. **Thomas Kastning** absolvierte 2010 ein Praktikum in diesem Büro.

### Impressum

Friedrich-Ebert-Stiftung | Internationale Entwicklungszusammenarbeit  
Referat Afrika  
Hiroshimastraße 17 | 10785 Berlin | Deutschland

Verantwortlich:  
Michèle Auga, Leiterin des Referats Afrika

Tel.: +49-30-269 35-7465 | Fax: +49-30-269-35-9217  
<http://www.fes.de/afrika>

Bestellungen/Kontakt hier:  
[michael.roll@fes.de](mailto:michael.roll@fes.de)